

Bericht des Petitionsausschusses gemäß § 11 des Gesetzes über die Behandlung von Petitionen durch die Bremische Bürgerschaft (Stand: 30. Juni 2002)

Der Petitionsausschuss legt der Bürgerschaft (Landtag) gemäß § 11 des Gesetzes über die Behandlung von Petitionen durch die Bremische Bürgerschaft einen Tätigkeitsbericht nach dem Stand vom 30. Juni 2002 mit der Bitte um Kenntnisnahme und dringliche Behandlung in der Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) am 21./22. August 2002 vor.

Silke Striezel
Vorsitzende

**Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses gemäß § 11 Petitionsgesetz
Stand: 30. Juni 2002**

Dieser Tätigkeitsbericht schließt an den Bericht vom 22. August 2001 (Drucksache 15/786) an und umfasst den Zeitraum vom 1. Januar 2001 bis zum 30. Juni 2002.

Der Petitionsausschuss der 15. Legislaturperiode

In der Zusammensetzung des Petitionsausschusses der 15. Legislaturperiode hat es eine personelle Veränderung gegeben. Im Januar 2002 ist Abg. Frank Schildt (SPD) aus dem Petitionsausschuss ausgeschieden, um andere verantwortungsvolle Aufgaben zu übernehmen. Für Herrn Schildt ist Abg. Michael Blank (SPD) von der Bürgerschaft (Landtag) in den Petitionsausschuss gewählt worden. Er hat dort die Aufgaben von Herrn Schildt übernommen.

Sitzungen, Ortsbesichtigungen und Reisen

Während des Berichtszeitraumes hat der Petitionsausschuss insgesamt 27 Sitzungen durchgeführt (davon 17 im Jahr 2001 und zehn im Jahr 2002). An zehn der 27 Sitzungen haben Vertreter verschiedener Senatsressorts teilgenommen.

Neben den Ausschusssitzungen haben zahlreiche Gespräche zwischen einzelnen Mitgliedern des Petitionsausschusses als Berichterstatterin bzw. Berichterstatter mit den jeweiligen Petenten stattgefunden. Diese Gespräche dienten teils dazu, um komplizierte Sachverhalte aufzuklären und Hintergründe zu erhellen, teils auch dazu, den Petenten aufzuzeigen, dass der Petitionsausschuss in diesem Einzelfall nicht helfen konnte, teils aber auch dazu, um Petenten eine Möglichkeit zu geben, einfach mal das Herz auszuschütten.

Am 13. Februar, 2. Juli und 26. Oktober 2001 sowie 26. Februar und 25. April 2002 ist der Petitionsausschuss zu Ortsbesichtigungen unterwegs gewesen, die ihn u. a. nach Schwachhausen, Osterholz, Horn-Lehe, Arbergen, Obervieland, Woltmershausen, Walle, Gröpelingen und Blumenthal geführt haben. Auch bei diesen Bereisungen ist wieder deutlich geworden, wie wichtig es ist dass sich Mitglieder des Petitionsausschusses vor Ort einen eigenen Eindruck von den tatsächlichen Gegebenheiten verschaffen. Dieser ist — zusammen mit den während der Ortsbesichtigung gemachten Fotos — bei der nachfolgenden Erörterung mit Vertretern

der jeweiligen Verwaltungen und der anschließenden Beschlussfassung im Petitionsausschuss von großer Bedeutung.

Ein Höhepunkt im Berichtszeitraum war die Reise einer Delegation des Petitionsausschusses zu einem Besuch des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge am 9. Oktober 2001 nach Nürnberg. Der Delegation gehörten an:

Abg. Frau Doris Hoch
Abg. Bernhard Kurpiers
Abg. Manfred Oppermann
Abg. Frau Ingrid Reichert, stellv. Vorsitzende
Abg. Frau Silke Striezel, Vorsitzende
Herr Jochen Heiser, Assistent.

Die Reise fand auf Einladung von Herrn Dr. Schmid, dem Präsidenten des Bundesamtes statt, der in seiner Begrüßung feststellte, dass der Bremer Petitionsausschuss der 13. Petitionsausschuss sei, der dem Bundesamt einen Besuch abstatte. Die Tagesordnung für diesen Besuch bot der Delegation einen umfassenden Eindruck in die vielfachen Aufgaben und diffizile Arbeit des Bundesamtes. Von ganz besonderem Interesse war die schwierige Arbeit der so genannten Einzelentscheider in den über das gesamte Bundesgebiet verteilten 32 Außenstellen des Bundesamtes, von denen sich auch eine in Bremen befindet.

Der Besuch in Nürnberg mit den vielfachen Eindrücken und Anregungen für seine weitere Arbeit war Anlass für den Petitionsausschuss, der Außenstelle Bremen des Bundesamtes am 15. Januar 2002 einen Besuch abzustatten, bei dem Frau Bremermann, die Leiterin der Außenstelle, einen detaillierten Abriss über die Arbeit der Mitarbeiter der Außenstelle gab, damit in jedem Einzelfall eine objektive Entscheidung getroffen werden kann.

Der Besuch der Außenstelle Bremen des Bundesamtes war eine sinnvolle und überzeugende Ergänzung des Besuchs in Nürnberg.

Vom 5. bis 7. Mai 2002 sind Abg. Frau Striezel als Vorsitzende des Petitionsausschusses, Abg. Frau Doris Hoch für die leider verhinderte Abg. Frau Reichert und Herr Heiser als Assistent des Petitionsausschusses auf Einladung der Volksanwaltschaft in Wien Gäste des Festaktes aus Anlass des 25-jährigen Jubiläums der Volksanwaltschaft gewesen. An dem Festakt im Parlamentsgebäude in Wien haben der Österreichische Bundespräsident, der Bundeskanzler, die Präsidenten der Obersten Gerichte Österreichs sowie viele andere Repräsentanten aus Politik, Kultur und Wirtschaft teilgenommen.

Aus Deutschland waren die Vorsitzende des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages sowie die Vorsitzenden mehrerer Landespetitionsausschüsse anwesend. Die Verbindung Bremens zur Volksanwaltschaft Wien geht auf das Jahr 1978 zurück, als der damalige Petitionsausschuss unter dem Vorsitz des zwischenzeitlich verstorbenen Abg. Günther Klein der Volksanwaltschaft einen Informationsbesuch abgestattet hat.

Die Petitionen im Einzelnen

Während des Berichtszeitraumes haben dem Petitionsausschuss 330 Petitionen zur Bearbeitung vorgelegen:

Überhang 13. Wahlperiode (Landtag)	2
Überhang 13. Wahlperiode (Stadtbürgerschaft)	4
Überhang 14. Wahlperiode (Landtag)	2
Überhang 14. Wahlperiode (Stadtbürgerschaft)	10
Übernahme aus der laufenden Wahlperiode (Landtag)	32

Übernahme aus der laufenden Wahlperiode (Stadtbürgerschaft)	58
Eingang Landtag	104
Eingang Stadtbürgerschaft	118
	330

Die 104 im Berichtszeitraum beim Landtag eingegangenen Petitionen verteilen sich auf die einzelnen Sachgebiete schwerpunktmäßig wie folgt:

Soziales/Jugend	23
Arbeit/Versorgung	11
Justiz (davon Strafvollzug 6)	21
Bildung/Wissenschaft	16
Finanz/Öffentlicher Dienst	10
Gesundheit	10
Sonstiges	13
	104

Zusammen mit den 36 bereits vorliegenden Petitionen aus dem vorhergehenden Berichtszeitraum lagen dem Petitionsausschuss vom 1. Januar 2001 bis zum 30. Juni 2002 im Landtag 140 Eingaben vor, von denen er 115 Petitionen abschließend beraten hat, und zwar auf folgende Art:

1.) für erledigt erklärt	52
2.) für nicht abhilfefähig erklärt	40
3.) als unbegründet zurückgewiesen	18
4.) Weiterleitung an den Deutschen Bundestag	5
5.) Weiterleitung an den Sächsischen Landtag	1
	116

Im Berichtszeitraum wurden sechs Petitionen zurückgezogen.

Der zahlenmäßige Unterschied zwischen den abgeschlossenen Petitionen und der Art der Erledigung erklärt sich daraus, dass diverse Petitionen mehrere Einzelanliegen enthielten. Diese Feststellung gilt auch für die Stadtbürgerschaft.

Die 52 für erledigt erklärten Petitionen bedeuten, dass dem Begehren der Petenten in irgendeiner Weise (sei es in vollem Umfang, durch eine Kompromisslösung oder durch eine umfassende Antwort) entsprochen worden ist. Das entspricht einer Erfolgsquote von knapp 50 %.

Die 118 im Berichtszeitraum in der Stadtbürgerschaft eingegangenen Petitionen verteilen sich auf die einzelnen Sachgebiete schwerpunktmäßig wie folgt:

Bau	48
Umwelt	10
Inneres	52
Sonstige	8
	118

Zusammen mit den 72 bereits vorliegenden Petitionen aus dem vorhergehenden Berichtszeitraum lagen dem Petitionsausschuss vom 1. Januar 2001 bis zum

30. Juni 2002 in der Stadtbürgerschaft 190 Eingaben vor, von denen er 128 Petitionen abschließend beraten hat, und zwar auf folgende Art:

1.) dem Senat zur Abhilfe zugeleitet	4
2.) für erledigt erklärt	52
3.) für nicht abhilfefähig erklärt	61
4.) als unbegründet zurückgewiesen	11
5.) Weiterleitung nach Bremerhaven	4
	136

Die Erfolgsquote (Abhilfe, Auskunftserteilung, Erledigung) beläuft sich hier auf knapp 50 %.

Anmerkungen zu einigen Petitionen

1. Die umfangreichste Petition, die den Petitionsausschuss seit seinem Bestehen im Mai 1969 je erreicht hat, ist am 2. Februar 2001 hier eingegangen. Es handelt sich dabei um eine Petition zur Neufassung des Bremischen Landespflegegeldgesetzes, die von insgesamt sechs im Lande Bremen etablierten Behindertenorganisationen eingereicht wurde. Ein Exemplar der Petition wurde in Blindenschrift übergeben, ein absolutes Novum.

Diese Petition hat ein bundesweites Echo erfahren, was seinen Niederschlag darin gefunden hat, dass sich nahezu 70 Organisationen und Einzelpersonen aus dem gesamten Bundesgebiet der Petition angeschlossen haben.

Die Bearbeitung der Petition ist sowohl von den Petenten als auch von der Presse zum Teil sehr emotionsreich beobachtet und begleitet worden. Der Versuch des Petitionsausschusses, die Wogen durch eine Anhörung der Petenten zu glätten, ist leider fehlgeschlagen, da die Petenten sich nicht in der Lage sahen, der Einladung zu folgen.

Nach einem kraftvollen Zusammenwirken aller Beteiligten ist letztlich eine zufriedenstellende Lösung erzielt worden, die am 1. Juli 2001 in Kraft getreten ist und vor allem die Zustimmung der Petenten gefunden hat.

2. Nach dem Motto „Was lange währt, wird endlich gut“ konnte der Petitionsausschuss drei seit acht bzw. sechs Jahren laufende Petitionen im Sinne der Petenten abschließen. Es handelt sich dabei um die — auch in der Presse publizierten — Stellplatzpetitionen.

Der Sachverhalt: In den Jahren 1994 und 1996 hatten sich drei Anwohner der Kurfürstenallee mit Parkplatzproblemen an den Petitionsausschuss gewandt. Die derzeitige Regelung hatte dazu geführt, dass Anwohner zwischen Dijon- und Metzger Straße in regelmäßigen Abständen wegen Falschparkens mit Bußgeldbescheiden bedacht wurden.

Bei insgesamt drei Ortsbesichtigungen hat sich der jeweilige Petitionsausschuss jedes Mal dafür ausgesprochen, die von den Petenten entwickelte Parkmöglichkeit auf dem genügend breiten Fußweg zu sanktionieren, was durch einfache bauliche und finanzielle Mittel zu realisieren ist. Die vom Petitionsausschuss favorisierte Lösung sieht wie folgt aus:

Durch einen weißen Streifen erfolgt die Markierung eines Parkstreifens auf dem genügend breiten Fußweg, dadurch werden Fußgänger nicht in Mitleidenschaft gezogen. Diesem Votum des Petitionsausschusses konnte oder wollte sich die Senatorin nicht anschließen. Nach unzähligen intensiven Gesprächen hat sich die Senatorin in der letzten Woche nunmehr doch dazu entschlossen, dem Votum des Petitionsausschusses zu entsprechen und den Beschluss umzusetzen. Damit ist ein gutes Stück Bürgernähe und Bürgerfreundlichkeit praktiziert worden.

Ausblick und Schlussbemerkung

Schon in den zurückliegenden Tätigkeitsberichten ist deutlich geworden, dass die Zahl der eingegangenen Petitionen rückläufig ist. Diese Tendenz hat sich auch jetzt wieder bestätigt.

Diese Entwicklung ist jedoch kein spezifisches Problem des Petitionsausschusses der Bremischen Bürgerschaft, sondern es ist in fast allen Landesparlamenten bekannt. Diese Erkenntnis hat sich in diversen Gesprächen ergeben, die am Rande der oben genannten Festveranstaltung der Volksanwaltschaft in Wien geführt wurden.

In fast allen Landespetitionsausschüssen wird das Thema „Öffentlichkeitsarbeit“ derzeit sehr groß geschrieben. Nach Gesprächen insbesondere mit Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein hat der Petitionsausschuss Bremen eine Liste mit Einzelpunkten zur Verstärkung seiner Öffentlichkeitsarbeit erstellt, deren Umsetzung in den nächsten Wochen und Monaten in Angriff genommen werden soll.

Auch in dem jetzt vorliegenden Fazit sieht der Petitionsausschuss eine Bestätigung seiner Arbeit. Diese Bestätigung ist für ihn gleichzeitig Auftrag und Ansporn, im Rahmen seiner Möglichkeiten und Befugnisse für die Bürgerinnen und Bürger des Landes und der Stadtgemeinde Bremen tätig zu werden.